

DEUTSCHE POLIZEI

Juli 2019 ZEITSCHRIFT DER GEWERKSCHAFT DER POLIZEI



Die Demokratie in Gefahr – Das Ende der Aufklärung

GdP-Vize Schilff: Folgen von Stammtischparolen nicht unterschätzen

Von DP-Redakteurin Christina Bicking (Mitarbeit: Wolfgang Schönwald)



Die Brisanz des Themas verdeutlichte die Zahl und Intensität der Wortmeldungen.

Foto: Hagen Immel

Der aktuelle Populismus in Deutschland und Europa stellt Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter, die Polizeibeschäftigten sowie die ganze Gesellschaft vor große Herausforderungen. Populismus sei zwar kein Verbrechen, in den falschen Händen und unter geeigneten Rahmenbedingungen jedoch ein höchst gefährliches Mittel der politischen Beeinflussung, umriss der stellvertretende Bundesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Dietmar Schilff, als Fazit einer zweitägigen GdP-Fachtagung Anfang Mai in Berlin. „Als überzeugte Demokraten müssen wir schleunigst unsere Komfortzone verlassen“, forderte er vor rund 200 Teilnehmerinnen und Teilnehmern. Demokratie sei kein Naturgesetz, sondern müsse gelebt und auch verteidigt werden.

Der GdP-Bundesvorsitzende Oliver Malchow machte deutlich: „Die Polizei muss für Rechtsstaat und Toleranz stehen, sie muss deshalb genauso wie die GdP unparteilich sein.“ Natürlich dürften sich Polizistinnen und Polizisten Parteien anschließen, zumindest solange sie nicht verboten seien. Die Polizei werde gerne mal schnell in die rechte Ecke gestellt und bekomme eine Sympathie für die AfD und ähnliche Gruppierungen unterstellt. „Ich stelle das in Frage, denke aber, wir sollten das Thema politische Bildung in der Polizei wieder stärker auf die Agenda der GdP setzen. Wir wollen, dass sich Polizistinnen und Polizisten wieder stärker bewusst machen, wofür die Polizei steht, und welche Rolle sie im Staat hat“, betonte der GdP-Chef.



Zu Tagungsbeginn sagte GdP-Vize Schilff: „Es ist folgerichtig, dass wir uns innerhalb der Gewerkschaft intensiv mit den Ursachen, Erscheinungsformen und Folgen des Populismus auseinandersetzen und unsere ablehnende Haltung gegenüber jeglichen antidemokratischen und menschenverachtenden Tendenzen unmissverständlich zum Ausdruck bringen.“ Ein klares Bekenntnis zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung sei die unumstößliche Grundlage unseres gewerkschaftlichen und dienstlichen Handelns.

Leicht eingängige Parolen seien unvermindert an Stammtischen zu hören. Diese hätten längst auch Eingang in die sozialen Netzwerke gefunden. In sogenannten Filterblasen und Echokammern des Internets würden gezielt sowohl Ängste geschürt und Ansichten verstärkt, als auch Parolen und Behauptungen unwidersprochen zur scheinbaren Wirklichkeit, betonte Schilff. „Sie werfen keine Steine auf den Staat, sondern wählen vergiftete Worte. Ihr Handeln ist deshalb so brisant. Sie vermeiden Gewalt, aber zielen mit ihren geschickt formulierten Parolen auf vermeintlich leicht zu beeinflussende Wähler. Und dabei treffen sie oft auf fruchtbaren Boden“, unterstrich der Gewerkschafter.

Fakt sei, stellte Schilff fest, dass eine Populismus-Polizei jedenfalls nicht



Demokratie sei kein Naturgesetz. Demokraten müssten ihre Komfortzone verlassen, forderte der stellvertretende GdP-Bundesvorsitzende und Veranstaltungschef Dietmar Schilff in seinem Fazit.

Foto: Kay Herschelmann

helfen würde. „Mit dem Strafgesetzbuch kommen wir hier nicht weiter, mit dem Geschichtsllexikon jedoch schon viel mehr.“ Es sei unumgänglich, sein eigenes Informationsverhalten auf die Empfänglichkeit für manipulierende Informationen zu überprüfen. Das gelte nicht nur für politische Themen, sondern prinzipiell für den gesamten Alltag. „Es liegt an uns selbst, wir sollten nicht mit dem Finger auf andere zeigen. Denn dann würden wir es so machen, wie diejenigen, über die wir hier zwei Tage geredet haben“, appellierte er an die Teilnehmerinnen und Teilnehmer.

Aschenputtel, und was es mit Populismus gemein hat

„Das Wesen des Populismus liegt im Aschenputtel-Schuh.“ Jeder wolle ihn anziehen, aber es gäbe keine passenden Füße – mit dieser Analogie eröffnete Alexander Häusler, Rechtsextremismus-Experte und Wissenschaftler an der Hochschule Düsseldorf, seinen Vortrag zum Thema Erscheinungsformen, Ursachen und Entwicklungen des Populismus. „Und dann kommt Aschenputtel, die Außenseiterin als Symbol für das tugendhafte, das ehrliche Volk, und zieht vorbei an ihren arroganten Stiefgeschwistern. Sie kann den Schuh anziehen.“

Häusler zitierte mit der Entsprechung den russisch-britischen Politikwissenschaftler Isaiah Berlin. Die Geschichte symbolisiere die Erzählung eines populistischen Traums. Der Populismus sei die Erzählung einer heilen früheren Welt, die durch Volksfeinde zerstört worden sei. „Populisten versuchen diesen Traum wieder Wirklichkeit werden zu lassen, in dem sie zurückführen in diese heile Welt“, so Häusler.

Inszenierungen, Anti-Haltungen und Mischformen

Der Extremismusexperte machte deutlich, dass es sowohl linken als auch rechten Populismus sowie Mischformen gebe. Was beide Seiten jedoch eine, sei der proklamierte Gegensatz zwischen dem reinen Volk und der korrupten Elite. Weiteres Merkmal



Foto: Hagen Immel





Fragerunde: Rechtsextremismus-Experte Alexander Häusler (m.) mit Antworten. Der Wissenschaftler von der Hochschule Düsseldorf hatte mit seinem Beitrag den Reigen der Vorträge eröffnet. Im Bild: Journalist Olaf Sundermeyer (l.).

Foto: Hagen Immel

sei: „Die Redner inszenieren sich als Anwälte, als Sprecher des Volkes“, so Häusler. Weiterhin gerieten sie sich als Ordnungskräfte in einem System, in dem Gesetz und Ordnung nicht mehr gälten.

Verquickt seien diese Darstellungen typischerweise mit einer bestimmten Form der Anti-Haltung. „Populisten sind immer gegen etwas“, beschrieb der Wissenschaftler. Zudem sei der Populismus antiintellektuell angelegt und personalisiere Probleme und Politisches. Der linksgerichtete Populismus personalisiere zum Beispiel kapitalistische Ausbeutungsverhältnisse und beschwöre den Klassenkampf. Der rechte und rassistische Populismus proklamiere die pluralistische Gesellschaft als Feindbild. Als Beispiele für Mischformen von links- und rechtsgerichteten Populismus führte er die Fünf-Sterne-Bewegung in Italien sowie die von Miloš Zeman gegründete tschechische Partei SPOZ an. In Europa habe Populismus unterschiedliche Ursprünge.

Auf der rechten Seite

„Die rechte Seite ist das Feld, wo der Populismus die meiste Nahrung erhält“, erklärte Häusler und fügte hinzu: „Die Ansprache im rechten Populismus lebt von einer biologischen, ideologischen Herkunft.“ Und sie lebe vom Volk. In Deutschland stelle die AfD ein parteipolitisches Dach für die unterschiedlichsten politischen Strömungen Rechtsaußen dar. Mit ihren

flüchtlingsfeindlichen und rassistischen Mobilisierungen leite die AfD eine aktive Bewegungsphase ein, so Häusler. Rechtsaußen-Frontmann Björn Höcke selbst habe die AfD als „fundamentaloppositionelle Bewegungspartei“ bezeichnet. Er zitierte weiter Höcke, laut dem die AfD „die letzte evolutionäre Bewegung für unser Land“ sei.

Wohin diese Bewegung führt, zeigte Häusler ebenfalls auf: Die von der AfD mobilisierten rechten Aufmärsche vor dem Erfurter Dom, in Cottbus und weiteren ostdeutschen Städten unter Beteiligung von Pegida-Anhängern, Hooligans und Neonazis hätten teilweise offen rechtsextreme Züge angenommen. Mit seiner Behauptung, das „wahre Volk“ symbolisch zu repräsen-

tieren, instrumentalisieren und delegitimieren der Rechtspopulismus die demokratischen Institutionen. Unter dem Deckmantel von Sicherheit-und-Ordnung-Parolen würden antidemokratische Haltungen verbreitet. Die AfD habe mehrfach ihre autoritären Vorstellungen von Selbstjustiz sowie ihre feindliche Haltung zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung deutlich gemacht.

Doch der Populismus in Deutschland und in Europa ist nicht nur ein Problem einzelner Parteien: „Populismus ist zu begreifen als ein demokratisches Krisenphänomen. Würden demokratische Parteien Politik machen, die auf Zustimmung in der Bevölkerung stoße, wären Populisten nicht so stark, wie sie sind“, erklärte Häusler. Populismus sei auch zu verstehen als Bildungsproblem, das mit der Polarisierung der Gesellschaft einhergehe.

Der „Flügel“ ist die Machtstatik der AfD – Einblicke eines Reporters

Der rbb-Journalist Olaf Sundermeyer berichtete über seine beruflichen Erfahrungen mit der AfD, die er seit vielen Jahren aus unmittelbarer Nähe beobachtet. Die AfD sei keine homogene Partei, sagte er. In vielen Gesprächen mit AfD-Spitzenpolitikern erfahre er, dass die Radikalen zwar nicht die Mehrheit in der Partei seien, jedoch die Lauten sowie die Mächtigen und Einflussreichen. Dieser Flügel sei die Machtstatik der AfD. Nur wenn sich Politiker innerhalb der Partei zum Flügel bekennen würden,



Richtungsweisend: Moderator Christoph Tiegel führte souverän durch die zweitägige Veranstaltung.

Foto: Kay Herschelmann





Kein leichtes Thema: (v.l.) GdP-Bundesvorsitzender Oliver Malchow, sein Stellvertreter und Gastgeber Dietmar Schilff sowie Dr. Dirk Götting von der Polizeiakademie Niedersachsen.

Foto: Hagen Immel

hätten sie auch eine Chance auf einen Listenplatz.

Der Reporter, der zum rbb-Investigativteam gehört, beschreibt Beobachtungen, die er über die Jahre als Journalist, aber auch als Bürger gemacht habe. Nicht die gesamte Gesellschaft sei nach rechts gerückt, der Rechtsdruck sei aber in den letzten fünf Jahren lauter geworden. Der szenenbekannte Fernsehjournalist erklärte, die Presse- und Meinungsfreiheit auf Veranstaltungen könne oft nur durch die Anwesenheit der Polizei gewährleistet werden. „Ich könnte als TV-Journalist in Cottbus nicht ohne die Polizei arbeiten“, so Sundermeyer.

Gefahren für einen Flächenbrand

Auf der anderen Seite stünden aber auch Polizistinnen und Polizisten, die für die Thesen der AfD empfänglich seien. „Für mich ist Ihre Berufsgruppe eine mit einer deutlichen Nähe zur AfD und zum Populismus“, behauptete der Journalist, der rund 30 Mal auf Pegida-Demonstrationen gewesen ist.

Wenn er dort als Hörfunk- oder Fernsehreporter ausgemacht wurde, sei es oft brenzlich geworden, und er habe Schutz bei der Polizei gesucht. Einmal hätten ihm zwei Polizisten gesagt: „Wenn Sie mal objektiv berichten würden, dann wäre das für Sie auch nicht gefährlich hier.“ Das seien zwar Einzelfälle, in Berlin beispielsweise würde so etwas nicht passieren, aber solche Vorfälle habe er mehrfach in Sachsen erlebt. Das, was im äußersten Ausmaß an Rechtsdruck und Populismus wahrzunehmen wäre, seien regionale Phänomene, die aber Gefahr liefen, zum Flächenbrand zu werden, mahnte Sundermeyer.

Der Journalist ist der Ansicht, dass die AfD Polizistinnen und Polizisten als Zielgruppe für sich ausgemacht habe. Bei Pegida-Veranstaltungen würde ihnen applaudiert, weil es heiße „das sind unsere Leute“. Aber auch andere Berufsgruppen wie Lehrer und Journalisten liefen Gefahr, für AfD-Thesen empfänglich zu sein. Das sei der Fall, wenn man in Bereichen zu tun habe, bei denen man oft auf Menschen treffe, die nicht so viel mit Recht und Ordnung am Hut hätten.

Der Wunsch der AfD zur Machtergreifung

Welche politische Welt hat die AfD für sich ausgemacht? Der Reporter beschreibt ein Erlebnis hinter der Kamera, bei dem ihm ein AfD-Politiker gesagt habe, dass die AfD es anstrebe, in den Rundfunkrat des rbb zu kommen. Wenn es so weit sei, könne er (Sundermeyer) sich eine andere Beschäftigung suchen. Weiterhin zitierte er aus einem Gespräch mit dem AfD-Politiker Roman Reusch, der bis zu seiner Wahl in den Bundestag leitender Oberstaatsanwalt gewesen war: „Was glauben Sie, was wir hier machen? Wir arbeiten natürlich an der Machtergreifung.“ Dabei sei klar: Leute, die sich dieser Bewegung zugehörig fühlen, würden von einem anderen Deutschland träumen und nicht von der Demokratie, die Polizistinnen und Polizisten jeden Tag verteidigen. Wenn man den Zeitstrahl der Zunahme der AfD in den Landesregierungen betrachte, könne man deutlich sehen, wie sich die AfD mit der Straße radi-



kalisiert habe. Zunehmend würde sie sich auch mit der Hooligan-Szene verbinden. Sundermeyer stellte die These auf, dass Fußball-Hooligans die Rolle der Neonazis übernommen hätten und zur Schutztruppe der rechtspopulistischen Gesellschaft geworden wären.

Zum Abschluss appellierte der Journalist an die Gewerkschaft der Polizei: „Setzen Sie sich als Gewerkschaft damit auseinander, Sie sind damit nicht alleine!“ Jede Institution, jede Behörde, jedes Unternehmen sei mit dem Problem konfrontiert. Nazis stünden nicht mehr am Rande der Gesellschaft, sondern seien in der Mitte angekommen.

„Kein erfolgreicher Populismus ohne mediale Rezeption“

In der sich anschließenden Fragerunde mit Sundermeyer und Häusler ging es um die Rolle der Wissenschaft im und gegen den Populismus sowie die der Medien. Der Blick der Wissenschaft auf die Gefahr von rechts sei „veraltet“, „von vorgestern“, sagte Häusler. Man habe das hybride Auftreten der „neuen Rechten“ noch nicht auf dem Schirm.

Es würden Leute auf der Straße zusammenkommen und sich organisieren, die sonst nicht viel gemeinsam hätten. Die Schlüsselfiguren gerieten sich als Saubermänner und stammten oft aus fragwürdigen Milieus, etwa aus der Rocker- oder Kampfsport-Szene.

„Kann der journalistische Blick hier der Wissenschaft bei der Forschung helfen“, fragte Moderator Christoph Tiegel. Kritische journalistische Arbeiten würden für die Rechtsextremismus-Forschung herangezogen, wenn sie auf der Höhe der Zeit seien. Die Berichterstattung, die ein investigativer Reporter wie Sundermeyer mache, sei von großer Bedeutung. „Es ist wichtig, dass man die Zusammenhänge erklärt“, beschreibt Häusler. Die Medien seien aber auch ein Stück weit für das Aufkommen und Erstarben des Populismus verantwortlich. „Es gibt keinen erfolgreichen Populismus ohne mediale Rezeption“, so der Forscher.

Fehler vor allem in der Anfangszeit der AfD räumte auch Sundermeyer ein: „Wir hatten eine Phase, in der viele Medienvertreter in die Empörungsfalle getappt sind.“ Die Aufmerksamkeitsökonomie sei in Deutschland bei dem Thema völlig überspannt worden. Da

die AfD ein Thema sei, das Leser beziehungsweise Zuschauer garantiere, und man sich damit profilieren könne, sei es oft aufgegriffen worden. Der Reporter glaubt, dass die Redaktionen aber eine Lernkurve durchlaufen hätten, nachdem die AfD in den Bundestag eingezogen sei. Und: Die wissenschaftliche Forschung zum Thema Rechtsextremismus sei wichtig für den Journalismus, da sie stärker beobachte und analysiere als es die tägliche Berichterstattung tue.

Polizei wird bei Rechten gepampert

Die Rolle von Wissenschaft und Bildung ist auch Thema für die Polizei: Der stellvertretende Bundesvorsitzende der JUNGEN GRUPPE (GdP), Martin Meisen, fragte mit Blick auf angesprochene rechte Prägungen junger Polizisten, inwiefern es aus Sicht des Forschers relevant wäre, dass die Polizei mehr in die politische Bildung investiert. „Es ist eminent wichtig, dass die Polizei sich Zeit nimmt, sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten mit dem Phä-



Volles Haus: Die Veranstaltung stieß auf großes Interesse.

Foto: Hagen Immel



nomen des Populismus auseinanderzusetzen“, erklärte Häusler. Vor allem vor dem Hintergrund der Feindbilder, auf die Polizistinnen und Polizisten im Berufsalltag treffen, sei das von großer Bedeutung. Auf linken Demonstrationen seien sie das erklärte Feindbild, während man sie auf der rechten Seite als Freund beschreibe. Auf rechten Veranstaltungen würde man ihnen danken, dass sie da seien, und man würde Polizei insgesamt positiv ansprechen – immer vor dem Hintergrund der antidemokratischen Zielsetzung. „Daher ist die Auseinandersetzung mit dieser populistischen Ansprache sehr wichtig für Ihren Berufszweig“, so der Extremismus-Experte.

Gegen die Normalisierung des Populismus

In einer Diskussionsrunde unterhielten sich Borussia Dortmund-Chef, Hans-Joachim Watzke, der Vorstandsvorsitzende der Signal Iduna Gruppe, Ulrich Leitermann, und Stefan Körzell, Mitglied im Geschäftsführenden Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB), über die Ursachen des Populismus. Sie diskutierten mögliche Wege aus der negativen gesellschaftlichen Entwicklung und stellten die Verantwortung, die Gesellschaft, Wirtschaft, Sport und Politik bei der Bekämpfung des Populismus tragen, heraus.

„Der Populismus von heute bedeutet, dass man versucht, auf zunehmend komplexe Fragen in einer globalisierten Welt möglichst einfache Antworten anzubieten, was nicht immer funktioniert“, sagte Watzke. Populismus sei nicht immer komplett falsch. „Im Fußball gehört ein bisschen schon dazu.“ Es gebe einen positiven und einen negativen Populismus. Um den Negativen zu verstehen, müsse man eben auch die Gründe dafür anschauen. „Wenn ich auf die letzten 20 Jahre blicke, habe ich das Gefühl, Populismus greift immer dann um sich, wenn diejenigen, die über Phänomene sprechen, sie nicht so beschreiben, wie es das Volk – und vom lateinischen Wort dafür stammt der Begriff Populismus ab – empfindet“, so der Vorsitzende der Geschäftsführung des Fußball-Bundesligisten. Wenn ein Politiker etwa immer sage, mit der inneren Sicherheit sei alles gut, aber Menschen zur gleichen Zeit erleben würden, wie in der Nachbarschaft ständig eingebrochen wird, biete das den Nährboden



Nahperspektive: rbb-Reporter Olaf Sundermeyer berichtet seit Jahren über radikale und extremistische Parteien und Gruppierungen. Foto: Hagen Immel



Hans Joachim Watzke, Vorsitzender der Geschäftsführung von Borussia Dortmund, mit einer Einordnung des Themas Populismus im Profifußball. Foto: Hagen Immel

für Populisten, die behaupten, einfache Antworten auf komplexe Fragen zu haben.

„Das ist auch unsere Definition von Populismus“, ergänzte Leitermann, Vorsitzender der Vorstände der SIGNAL IDUNA Gruppe. „Populisten nutzen einfache Botschaften, um die eigenen Ziele zu erreichen.“ In der komplexer gewordenen Welt würden Dinge bis zur Unkenntlichkeit und derart stark vereinfacht, dass sie nicht mehr der Wahrheit entsprächen. Das sei das Gefährliche am Populismus. „Die Frage ist: Wie können wir das Phänomen bekämpfen?“

Es fehlt der Streit

„Wir erleben derzeit eine Krise der Demokratie“, sagte Gewerkschafter Körzell. Es finde kein Streit mehr um die besten Konzepte im Land statt, und das sei das Problem. Diese Entwicklung hätte mit der Bankenkrise 2008 eingesetzt. Es gebe weiterhin eine zu große Diskrepanz zwischen dem, was die Politiker sagen, und dem, was die Menschen erleben, pflichtete er der von Watzke zuvor aufgestellten Theorie bei. Es sei außerdem im öffentli-





Ulrich Leitermann, Vorsitzender der Vorstände der SIGNAL IDUNA Gruppe, mit dem Blick der Wirtschaft. Links neben ihm: Stefan Körzell, Mitglied im Geschäftsführenden Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes. Foto: Hagen Immel

chen Dienst in vielen Bereichen lange zu viel gespart worden. „Durch den Rückzug des Staates ist eine Lücke entstanden, die nun andere füllen“, so der DGB-Mann. Es sei fatal, wenn sich Menschen fragen müssten, wie es um ihre Sicherheit bestimmt ist. Den Fehler, zu massiv gespart zu haben, dürfe man nicht wiederholen.

„Die Regierung unter Angela Merckels CDU ist seit langem nicht mehr auf Streit ausgelegt“, betonte Watzke. Dann komme das Problem der Extreme. Das ständige Bestreben, Konflikte zwischen den Parteien zu kaschieren und direkt eine gemeinsame Position zu erarbeiten, sei das, was der AfD den Auftrieb gebe. Das System Merkel habe die Mitte gelähmt und die Ränder gestärkt. Und dann sei das Problem der Flüchtlingskrise dazu gekommen. Und hier sei es von Anfang an versäumt worden, Klartext zu sprechen. „Man hätte sagen müssen: Wenn wir das jetzt aus humanitären Gründen so wollen, und dazu ist sicherlich auch die Mehrheit der Gesellschaft bereit, dann wird es auch negative Begleiterscheinungen geben“, so Körzell.

Das sei aber nicht diskutiert worden und hätte auch nicht diskutiert werden dürfen. „Jeder, der die negativen Begleiterscheinungen angesprochen hat, ist direkt gesellschaftlich unter den Verdacht gestellt worden, dass er leicht rechtsextreme Tendenzen hat“, sagte Watzke.

„Es fehlt der klare Kompass“

Der SIGNAL IDUNA-Chef bemängelte, dass die großen Parteien keine klare Richtung mehr vorgeben. Es würde helfen, wenn über klare Positionen ein sachlicher Diskurs stattfinde. „Bei den großen Parteien fehlt mir der klare Kompass“, so Leitermann. Da man klare Positionen vermisse und nicht mehr wisse, wofür SPD, CDU und Co. stehen, würden die Menschen orientierungslos, und das bereite den Boden für Populismus.

Leitermann vermisst zudem die konstruktive politische Auseinandersetzung. Er nannte als Beispiel die Tarifverhandlungen mit Gewerkschaften.

ten. Jede Seite habe klare Positionen. Was dann stattfinde, sei eine sachliche Auseinandersetzung mit den Rahmenbedingungen und ein hartes Ringen um Lösungen. Auf beiden Seiten gäbe es dabei eine gewisse Toleranz und Kompromissbereitschaft sowie ein Auseinandersetzen mit sachlichen Argumenten. „Das ist ein Beispiel, wie der Diskurs auch politisch stattfinden muss“, stellte er fest.

Wir haben die besseren Antworten

„Wir als demokratische Gesellschaft geben auf Dauer die besseren Antworten, und wir müssen sie auch lauter geben“, so Körzell. „Europa muss sich ändern, muss sozialer werden. Es muss nicht nur ein Europa der Wirtschaft, sondern auch ein Europa der Arbeitnehmerinnen und -nehmer werden“, betonte er unter Beifall. Mit Blick auf die Europawahl appellierte Leitermann: „Wir müssen den Leuten verständlich machen, wofür Europa steht. „70 Jahre Frieden sind kein Selbstläufer.“

Soziale Netzwerke: Eine Bedrohung für die Demokratie?

„Vier Prozent einer Menge von Objekten mit anderen Eigenschaften als der Rest der Menge reichen aus, die Eigenschaften der gesamten Menge zu ändern“, sagte die Juristin und Big Data-Unternehmerin Yvonne Hofstetter in ihrem Vortrag. „Vier Prozent von uns, die auf die Straße gehen, könnten der Demokratie wieder Flügel verleihen“, erklärte sie. Vier Prozent könnten aber auch das Gegenteil erreichen.

Social Media als Ort der Meinungsbildung trage zu einer Auflösung der gewohnten Ordnung und der Normalität bei. Die internationale Friedensordnung sei seitdem Donald Trump US-Präsident ist, weiterhin stark angegriffen. Die Welt sei insgesamt unnormaler geworden. Das habe zur Folge, dass „wir in einer Auflösungsgesellschaft leben. Wir treiben in einer liquiden Moderne und sind orientierungslos“, erklärte Hofstetter. Die Online-Plattformen haben hier einen treibenden, wenn nicht auslösenden Einfluss: „Die Desinformation ist der Nukleus des Informationsraum des digitalen Zeitalters“, so die IT-Unternehmerin.



Politische Meinungsbildung wird fragmentiert

Alles, woran die Online-Plattformen Interesse hätten, sei die Kommerzialisierung. Soziale Medien seien Werbeplattformen. Bei Facebook betrage der Pro-Kopf-Beitrag eines Nutzers zum Beispiel 232 US-Dollar. Dieses Geld müsse von den Plattformen wieder reingeholt werden. Facebook löse das durch Werbung und durch Daten. In den sozialen Netzwerken würden Unternehmen ihre Werbung als pseudojournalistische Nachrichten vermitteln. Das mache Social Media zum Neckermann-Katalog des 21. Jahrhunderts. „Wir, die Nutzer, sind wahnsinnig geworden: Wir glauben, dass die Online-Plattformen profitorientierter amerikanischer Konzerne der richtige Platz für die politische Willensbildung sind.“

Der digitale Informationsraum habe die Meinungsbildung dezentralisiert und stark fragmentiert. Früher hätten die Parteien bei der politischen Willensbildung den überwiegenden Anteil gehabt, aber diese Monopolstellung habe sich aufgelöst. Viele Meinungstreiber nehmen nun Einfluss. Die sozialen Medien seien gekennzeichnet durch ein hohes Rauschen, das aus Unzähligen besteht, die sich online mitteilen. Bei Netzwerken wie Facebook würden Filter eingesetzt, um dem Rauschen Herr zu werden. Der personalisierte Newsfeed einer Plattform zeige dem jeweiligen Nutzer nur an, was für ihn von Belang sei. „So atomisieren Online-Plattformen unsere Gesellschaft in ihre kleinste Einheit, die Singularität.“ Das habe den Verlust von Gemeinschaft zur Folge.

Das Ende der Aufklärung

Ein weiteres Problem sei der Verlust der Vernunft, den die sozialen Medien auslösen. „Wer heute noch in dieser viralen Umgebung wahrgenommen werden will, der schafft das nur noch mit Provokationen, Skandalen und Tabubrüchen“, sagte die Sachbuchautorin. Damit würde die Kommunikation insgesamt tabuisiert. Denn mit der Skandalisierung könnten es Fakten nicht aufnehmen. Damit gehe auch ein Verlust der Wahrheit einher. „Deshalb muss online provozieren, wer viral gehen will. Das ändert das Denken.

Denn wer sich erregt, debattiert nicht mehr. Deshalb sagt selbst der bekannte US-Politiker Henry Kissinger: „Wir erleben das Ende der Aufklärung.“

Der Trend habe sich längst auf die physische Welt übertragen. Neue Formen von Gewalt wie Hate Speech und Cyber Mobbing seien mit den sozialen Medien entstanden und würden auch Einfluss auf die analoge Welt nehmen. „Sprache geht der Gewalt voraus“, so Hofstetter. Die Entwicklung habe auch dazu geführt, dass es weniger konsensorientierte Politiker und mehr extreme Politiker gebe. Diese würden einen Nationalismus befördern, der als kleinster gemeinsamer Werte-Nenner fungiere. Die Gesellschaft drifte von demokratischen Werten als Gemeinsamkeit ab. Der einzige Weg aus dieser Entwicklung: Jeder einzelne müsse bei der Errichtung einer faktenbasierten

Realität und Gesellschaft mitwirken. „Wir alle, die gesamte Gesellschaft, sind aufgefordert, dass wir uns gegen den Normalitätsverlust abhärten und resilient werden.“ Man müsse aufeinander zugehen: „Es ist schwer zu hetzen und zu mobben, wenn man sich in die Augen sieht.“

Bedeutung der politischen Bildung

In neuer Besetzung startete die Diskussionsrunde am Ende des ersten Tages. Ursprünglich sollte der GdP-Bundesvorsitzende Oliver Malchow mit Ex-Außenminister Sigmar Gabriel (SPD) und Ex-Innenminister Thomas de Maizière (CDU) über die Folgen und Herausforderungen diskutieren,



Soziale Medien: Yvonne Hofstetter, Juristin und Autorin, mit dezidierten Aussagen zu Facebook und Co. Nach ihrem Vortrag diskutierten GdP-Chef Oliver Malchow (l.) sowie der stellvertretende Vorsitzende des GdP-Bezirks Bundespolizei, Sven Hüber, mit ihr und dem Publikum.
Foto: Hagen Immel



Intensive Nachfrage: hier von GdP-Bundesjugendvize Martin Meisen.
Foto: Hagen Immel





Senioren als Tagungsgruppe: Mit dem Wissen großer Lebenserfahrung verfolgten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der GdP-Seniorengruppe die hochinteressanten Vorträge. Bundesseniorenvorsitzender Winfried Wahlig (sitzend 2.v.l.): „Viele von uns haben in ihrer Polizeiausbildung wenige Jahre nach dem Krieg, noch letzte „Nachwirkungen“ aus einer diktatorischen Zeit zu spüren bekommen, und wollen so etwas unserer heutigen Bürgerpolizei nicht mehr wünschen.“

Foto: Hagen Immel

die der Populismus in Europa für Demokratie, Gesellschaft und Rechtsstaat verursacht. Gabriel und de Maizière mussten aber aufgrund einer wichtigen namentlichen Abstimmung im Bundestag kurzfristig absagen.

Nicht minder interessant und kontrovers war das Gespräch, das in neuer Konstellation zustande kam. Sven Hüber, stellvertretender Vorsitzender des GdP-Bezirks Bundespolizei, und IT-Unternehmerin Hofstetter diskutierten mit Malchow unter anderem über die Bedeutung der politischen Bildung und die Auswirkungen des Generationenkonflikts in Bezug auf die digitale Revolution. „Siri, bitte antworten Sie dem Moderator“, entgegnete der GdP-Chef auf die Moderatorenfrage, ob er nach dem Vortrag Hofstetters die Rolle der sozialen Medien anders bewerte. Der Gedanke, der ihm im Hinblick auf die neue Technik komme, sei, welche Veränderungen diese für einen selbst und die Polizei bedeute. „In einer Welt, in der immer weitere technische Hilfsmittel hinzukommen – vom Taschenrechner bis zur scheinbar allwissenden, omnipräsenten Suchmaschine mit Instant-Wissen – müsse man sich fragen, ob diese Bequemlichkeit nicht etwas mit einem macht.“

„Wischen ist keine digitale Kompetenz“, meinte Hofstetter. Kinder und Jugendliche müssten im Umgang mit der digitalen Technik mehr lernen

als nur die Anwendung. „Die digitale Kompetenz geht tiefer in die Informatik und Mathematik rein“, so die Juristin. „Die Technik macht etwas mit uns, wenn wir sie täglich anwenden, und sie verändert uns auch. Aber ändert sie die Gesellschaft nur zum negativen?“

„Ich glaube nicht, dass die Digitalisierung den Untergang des Abendlandes auslöst“, sagte Hüber. Im Laufe der Geschichte hätte es bei technischen Revolutionen immer Ängste gegeben. „Gesellschaftliche Prozesse können nicht ohne Konflikt ablaufen“, erklärte der Gewerkschafter. Man müsse sich eben mit der Digitalisierung gesellschaftlich auseinandersetzen. Dazu gehöre, dass man sich frage, wie und nach welchen Werten man gesellschaftlich zusammenleben wolle.

Hofstetter nannte die Finnen als gutes Beispiel, wie man im Umgang mit den sozialen Medien resilienter gegenüber Fake News werden kann. „Die Finnen haben eine gute politische Bildung. Sie wissen, dass sie beispielsweise vor Wahlen Fake News aus Russland erhalten.“ Finnland sei ein gutes Beispiel dafür, wie man politische Bildung auch für den digitalen Raum in den Schulen anstoßen müsse. Als negatives Beispiel für Populismus nannte Hofstetter Österreich, wo sie selbst auch einen Wohnsitz hat. Seit die FPÖ mitregiere, habe Österreich eine deutlich nach rechts gerichtete

Entwicklung durchlaufen, die dazu führe, dass sie sich zunehmend unwohl fühle. Als einzigen Ausweg müsse man ganz beherrzte Demokratiepoltik machen. „Wir brauchen ein ganz klares Bekenntnis zur Demokratie und zur sozialen Marktwirtschaft.“

Malchow sagte, Populismus habe auch mit Ängsten zu tun, die Nutzung moderner Technik mit einer Art Verführung. Diese führe möglicherweise zum Verlust von Normalität. Apokalyptische Weltbilder seien der Resonanzboden, so Hüber, auf dem Populismus entstehen könne. Natürlich würden durch den technologischen Fortschritt Ansprüche an die Gesellschaftsformation gestellt, „wie wollen wir zusammenleben“. Diese Prozesse seien nicht konfliktfrei.

Malchow machte seinen Standpunkt deutlich: „Wir müssen nicht hinter jeder Meinung hinterherlaufen“. Mit Blick auf den im November stattgefundenen GdP-Bundeskongress verwies er auf den damaligen viel beachteten Redebeitrag Hübers. Seine klaren Worte „was haben wir mit ihnen (AfD, die Red.) zu besprechen“ hätten ihm aus dem Herzen gesprochen, sagte der GdP-Chef. Hüber habe in seinen Ausführungen „extrem anrührend“ Werte vermittelt, die schon die Gründungs-väter unserer Organisation festgelegt hätten. Die GdP müsse sich mit den aktuellen Entwicklungen des Populismus auseinandersetzen, sagte Malchow.

Hüber warf einige Stichpunkte in die Runde: die Auseinandersetzung beispielsweise über die Ereignisse in Plauen oder Chemnitz, offene Debatten übers Einsatzverhalten, mehr politische Bildung für die Kolleginnen und Kollegen, nicht nur der Austausch in Chatgruppen sozialer Medien, „wenn wir wollen, dass Polizei im Wertekanon auf dem Boden der Verfassung ihre Aufgabe für den Bürger erfüllt“. Er appellierte an die polizeilich Verantwortlichen in Bund und Ländern, „wir brauchen in diesem Land nicht nur Psychologen, sondern auch mal wieder Politologen“.

Malchow unterstrich zugleich, er glaube nicht, dass Polizei eher empfänglich sei für populistische Parolen als andere Berufsgruppen. Jedoch erkenne er, dass nach Einsätzen immer seltener Kolleginnen und Kollegen Zeit hätten, „Kopf und Herz zu reinigen“. Wichtig sei, mit Aus- und Fortbildung dieser womöglichen Empfänglichkeit entgegenzutreten. Dies sei auch ein Anlass für diese Veranstaltung gewesen.





Der Vortrag von Dr. Dirk Götting, Polizeiakademie Niedersachsen, ...

Foto: Kay Herschelmann

Die Polizei und das Scheitern der Weimarer Republik

„Für uns als Polizei ist es nicht egal, ob es sich um Links- oder Rechtspopulismus handelt“, sagte Dr. Dirk Götting, Leiter des Polizeimuseums Niedersachsen, zu Beginn seiner Rede am zweiten Tag der Fachtagung. Der linke Populismus befinde sich außerhalb der Polizei. „Der Rechtspopulismus zielt aufs Innere der Polizei ab, er muss nicht erst reinkommen. Das sind im Zweifel die Kollegin, der Kollege neben Ihnen. Sie sprechen die gleiche Sprache und sehen genauso aus“, so Götting. Und das sei viel gefährlicher, und das passiere in der Form nicht von links. Und das habe historische Hintergründe.

„Ist die Polizei wirklich davor gefeit, wieder eine ähnliche Rolle wie im Nationalsozialismus einzunehmen?“ fragte Götting. Er sprach über die Rolle der Polizei im Nationalsozialismus und die Bedeutung von Polizeigeschichte sowie der politischen Bildung für die Gegenwart. „Die Rolle und die Funktion der Polizei ist und bleibt das zentrale Thema der polizeihistorischen Bildungsarbeit“, sagte Götting, der auch als Lehrbeauftragter an der Polizeiakademie Niedersachsen tätig ist. „Es besteht ein breiter Konsens darüber, dass sich so ein historisches Trauma für die Polizei nicht wiederholen darf.“ Doch inzwischen herrsche bei diesem Thema Verunsicherung.

Polizeigeschichte zur Stärkung der Demokratiekompetenz

Politiker des rechten Spektrums fordern eine geschichtspolitische Wende um 180 Grad, so Götting. „Im Sinne des Diktums ‚Wehret den Anfängen‘ bedarf es einer Erweiterung des historischen Blickfeldes: Auch der Weimarer Republik war ihr Scheitern nicht vorherbestimmt“. Die Nationalsozialisten hätten mit ihrer Propaganda geradezu die Blaupause für ihre heutigen Nachahmer, die zunehmend direkter

und unverhüllt alte Strategien und Verhaltensmuster wiederaufleben lassen, geliefert. Dagegen helfe nur die Stärkung des historischen Bewusstseins. Dazu brauche es eine engagierte und andauernde Bildungsarbeit und einen offenen Diskurs. Nur durch den Blick auf die Höhen und Tiefen der demokratischen Entwicklung sei auch die wechselhafte Rolle und Funktion der Polizei zu vermitteln. Polizei- und Demokratiegeschichte diene als Transmission für eine Stärkung der Demokratiekompetenz innerhalb und außerhalb der Polizei.

„Freunde – Helfer – Straßenkämpfer“

Als Teil dieser Bildungsbemühungen habe die Polizeiakademie Niedersachsen ein polizeihistorisches Ausstellungsprojekt initiiert. „Wir versuchen über das Medium einer Wanderausstellung mit dem Titel ‚Freunde – Helfer – Straßenkämpfer. Die Polizei in der Weimarer Republik‘ Besucherinnen und Besucher an Polizei- und Demokratiegeschichte zu interessieren“, erklärte Götting. Die Ausstellung würde von Freiwilligen aus dem Polizeidienst betreut, denen eine Vermittlungsfunktion zukomme. Sie biete ein Forum für einen offenen Dialog. Polizei- und Demokratiegeschichte diene so als Transmission für eine Stärkung der Demokratiekompetenz innerhalb und außerhalb der Polizei.



... animierte die Teilnehmerinnen und Teilnehmer zu stehenden Ovationen.

Foto: Kay Herschelmann



Relevanz von Polizei- und Democratiegeschichte für die politische Bildung

„Wir leben in einer Zeit, in der geschichtsrelativierende Ansichten immer deutlicher und offener geäußert werden“, sagte Dr. Christoph Kopke, Professor für Politikwissenschaft und Zeitgeschichte an der Hochschule für Wirtschaft und Recht (HWR) Berlin. Zunehmend sei eine Entwicklung zu verzeichnen, in der Äußerungen und Bildnisse über Social Media verbreitet werden, die ein positives Bild des Nationalsozialismus beschreiben. Im Rechtsextremismus und in der Protestszene, die man oft als Populismus bezeichne, habe sich in den vergangenen Jahren zunehmend eine Form der Geschichtserzählung entwickelt, die sich um Erkenntnisse der Geschichtswissenschaft kaum mehr kümmere, so Kopke, dessen Fachbereich Polizei und Sicherheitsmanagement ist. In dem Zusammenhang müsse auch die AfD genannt werden.

Eins von drei Beispielen, die der Politikwissenschaftler nannte, ist eine Äußerung von Wilko Möller, Vorsitzender des AfD-Stadtverbandes Frankfurt (Oder) und Bundespolizist: „Man darf in dieser Demokratie nur noch hinter vorgehaltener Hand seine Meinung sagen. Viele, die einem ihre Meinung mitteilen wollen, schauen sich erst mal um, ob sie was sagen können.“ Möller behaupte weiterhin, es finde eine „Sprachinquisition“ durch den „radikalen linksalternativen Gutmenschenkomplex“ statt. Man bekomme die Worte vorgeschrieben, die man noch nutzen dürfe. So müsse man etwa von



Dortmunder Erklärung

Für ein solidarisches Europa – Gemeinsam die Demokratie stärken

Die Gewerkschaft der Polizei will keine Gesellschaft der Spaltung und Ausgrenzung. „Daher sind die kommenden Wahlen vor allem unsere Wahlen, und nicht die der Populisten“, heißt es in einer Mitte Mai verabschiedeten Dortmunder Erklärung des GdP-Bundesvorstandes. Zuvor debattierten die Gewerkschafter in der Ruhrgebietsstadt intensiv über den Umgang mit populistischen Parteien. Anfang Mai hatte in Berlin eine vielbeachtete GdP-Fachtagung zu den Wirkungen tendenziösen Populismus auf Staat und Gesellschaft stattgefunden.

Die Stabilität unserer Demokratie ist kein Naturgesetz

Wir alle tragen die Verantwortung für eine stabile Demokratie in einem funktionierenden Rechtsstaat. Dafür müssen wir jedoch nicht nur an Wahltagen sorgen.

Wir stehen für Europa, ein Europa des Friedens, der Toleranz, der Solidarität und der Sicherheit.

Rechtsstaat muss Rechtsstaat bleiben

Die in der Polizei arbeitenden Menschen gewährleisten jeden Tag und jede Nacht unseren demokratischen Rechtsstaat. Rechtstreue, Toleranz und Menschlichkeit sind dabei Kompass ihres Tuns. Damit sie diesen Auftrag erfüllen können, muss der Rechtsstaat Rechtsstaat bleiben.

Wir alle können den Feinden Europas eine klare Absage erteilen: mit unserer Stimme für Demokratie und Solidarität.

Anzeige



IM GRUNDE SIND SIE NUR NOCH KÖRPERLICH ANWESEND?

In letzter Zeit fühlen Sie sich von den Anforderungen im Alltag zunehmend überlastet und oft selbst Kleinigkeiten nicht mehr gewachsen? Dann könnten das erste Anzeichen für eine psychische Erkrankung sein, die Sie ernst nehmen sollten.

SEIT 1986
30 Jahre
Expertise in
ganzheitlicher
Therapie

In der Habichtswald-Klinik helfen wir Ihnen, neue Kraft zu schöpfen und Ihr Leben wieder lebenswert zu machen: Dabei integrieren wir in unserem ganzheitlichen Therapiekonzept gleichwertig die Methoden modernster wissenschaftlicher Schulmedizin und bewährter Naturheilverfahren und verstehen den Menschen immer als Einheit von Körper, Seele und Geist.

Gerne beraten wir Sie ausführlich und persönlich. Rufen Sie uns jetzt gebührenfrei an unter **0800 - 890 11 01**. Aufnahme im Bedarfsfall: einfach und schnell.

Habichtswald-Klinik
Klinik für Ganzheitsmedizin und Naturheilkunde

Wigandstraße 1 · 34131 Kassel-Bad Wilhelmshöhe · www.habichtswaldklinik.de



Migrantinnen und Migranten statt von Ausländern sprechen. Kopke nannte diesen Vergleich „ungeheuerlich“. „Was wird hier verglichen? Werden Menschen etwa nachts abgeholt, weil sie von Ausländern statt von Migrantinnen und Migranten gesprochen haben?“ Die Antwort sei bekannt. Weiterhin seien eben solche als zensierte Meinungen propagierte Äußerungen fast täglich in den Medien zu vernehmen. Kopke erklärte, dass solche Behauptungen und Geschichtsvergleiche demokratisch gefasste Beschlüsse und den Stand einer gesellschaftlichen Debatte in die Nähe des Holocaust rücken würden.



Kann politische Bildung hier helfen?

Um gegen solches von der Geschichte abgelöstes Gedankengut vorzugehen, könne politische Bildung bedingt helfen: „Wenn manche dieser Äußerungen aus Uninformiertheit entstehen, kann politische Bildung gegensteuern“, so der Wissenschaftler. Politisch informierte Bürger dürften für die Parolen weniger empfänglich sein. „Menschen, die wider besseren Wissens so agieren, werden sich kaum beeindruckt lassen. Harte Rechts-extremisten wird man mit ihr nicht erreichen. Aber diese Leute wollen wir auch nicht in der Polizei haben.“

Politische Bildung sowie Unter-richtung in Demokratie- und Polizei-geschichte können laut Kopke dazu beitragen, dass das demokratische Bewusstsein gerade bei jungen Poli-zeibeamtinnen und -beamten sowie

Prof. Dr. Christoph Kopke, Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin stellte die Relevanz von Polizei und Demokratiegeschichte für die polizeiliche Bildung eindrücklich dar.

Foto: Hagen Immel

bei Anwärterinnen und Anwärtern gestärkt werde. Aber: „Politische Bildung ist keine Umerziehungsmaßnahme. Sie setzt eher auf langfristige Veränderungsprozesse.“

Komplexere Themen allgemeinverständlich und uncodiert vermitteln

GdP-Vize Schilff sagte als Fazit, dem Treiben rechts- und linkspopulistischer Demagogen könne nicht von heute auf morgen Einhalt geboten werden. Den richtigen Zeitpunkt hätten vor allem die etablierten Parteien verpasst. Es sei womöglich falsch gewesen, auf den tendenziösen Populismus von Grup-

pierungen und neuen Parteien mit gleicher Münze zu reagieren. „Jemanden zu verteufeln, birgt nun einmal die große Gefahr, ihn ungewollt in eine Märtyrerrolle zu schieben. Ihn dagegen als Schaumschläger und Wellenreiter zu entlarven, verspricht deutlich größere Erfolgsaussichten“, betonte er. Es müsse möglich sein, selbst im politischen Wettkampf komplexere Themen allgemeinverständlich und uncodiert zu vermitteln. Das sei Populismus im besten Sinne, sagte der Gewerkschafter.

Schilff schlug vor, junge Menschen wesentlich intensiver auf den Umgang mit sozialen Medien und digitaler Informationsverbreitung vorzubereiten. Gleichzeitig müsse auch bei möglichst vielen der Wille, Dinge kritisch hinterfragen zu wollen, geweckt werden.

Reise & Erholung

Anzeige

[www.Polizei
DeinPartner.de](http://www.PolizeiDeinPartner.de)

Franken bei Bamberg,
eigene Metzgerei, Waldreiche Gegend, Lift,
75 Betten, Menüwahl, HP 5 Tage ab 199,-€,
Gruppenangebote anfordern. Tel. 0 95 35/2 41,
W. Schober, 96126 Pfaffendorf

[www.
Polizeifeste.de](http://www.Polizeifeste.de)

CanKick
...prickelnd anders

TOP ANGEBOT
1x Rafting
1x Canyoning
1x Grillen & Foto CD

Angebot pro Person
nur € 109,-

RAFTING - CANYONING - KLETTERSTEIG
ACTION & ABENTEUER // Tel. +43 664 2838055
info@cankick.at // www.cankick.at

A photograph showing a group of people in a yellow and red raft navigating a turbulent river. They are wearing safety gear and holding paddles.

Action mit wasser-c-raft in Tirol

Spezial Polizeiangebote:
Raft- & Canyontour €/Person 123,-
Unterkunft über uns buchbar.
Infos: +43 5252 6721
office@rafting-oetztal.at
www.rafting-oetztal.at

A photograph of a person in a white helmet and dark clothing, sitting in a raft on a river, holding a paddle.

Herzlich willkommen zu Ihrem abwechslungsreichen

Action-Urlaub in Haiming / Tirol!

Spezialpreise für Polizeigruppen!

Rafting Imster Schlucht + Canyoning Auerklamm
+ 2 Übernachtungen mit Frühstück in unserem Hause und 2x Abendessen Buffet
Preis: € 189,- p. P.

Anmeldungen / Angebote unter:
Outdoor Refugio Otto
Alte Bundesstraße 44
A-6425 Haiming / Tirol
Tel. 0043 5266 888 65
Mobil 0043 680 11 68 408
E-Mail: info@outdoor-refugio.com
www.outdoor-refugio.com



Polizei muss im Kampf gegen Kindesmissbrauch besser ausgestattet werden

Die Gewalt gegen Kinder in Deutschland ist unvermindert hoch. Das geht aus den Zahlen zu den kindlichen Gewaltopfern nach der Polizeilichen Kriminalitätsstatistik (PKS) 2018 hervor, die die Deutsche Kinderhilfe und das Bundeskriminalamt (BKA) Anfang Juni in Berlin vorstellten.

Zahlen schwanken seit Jahren auf hohem Niveau

Die Fälle von Kindesmisshandlungen schwanken demnach seit Langem auf hohem Niveau um die 4.000 Fälle pro Jahr. „Hinter diesen Zahlen stecken Menschen“, sagte Rainer Becker, Vorstandsvorsitzender der Deutschen Kinderhilfe. Im vergangenen Jahr sind außerdem 136 Kinder gewaltsam zu Tode gekommen, 80 Prozent von ihnen waren jünger als 6 Jahre alt. Laut BKA-Präsident Holger Münch gibt es außerdem ein großes Dunkelfeld, da die Täter oft aus dem näheren Umfeld der Opfer stammen und somit eine hohe Hemmschwelle für eine Strafanzeige besteht.

Alarmierend ist auch eine weitere Entwicklung, die niemanden überraschen dürfte: „Das Internet spielt beim Missbrauch von Kindern eine immer größere Rolle“, so der BKA-Chef. Das digitale Netz würde für die Verbreitung von Kinderpornografie und zur Anbahnung von Kontakten mit Kindern und damit letztendlich zur

Umsetzung des Missbrauchs genutzt. Die Fallzahlen seien stark gestiegen.

Polizei muss besser ausgestattet werden

Um diese Verbrechen besser bekämpfen zu können, forderte Münch die Umsetzung der Mindestspeicherfristen, da mittels IP-Adressen die Täter oftmals gefasst werden können. Die Polizeien von Bund und Ländern müssten zudem technisch besser ausgerüstet werden, damit sie große Mengen an Daten effektiver analysieren könnten. Sie benötigen Befugnisse, die Online-Identitäten von Tätern auf einschlägigen Plattformen, die etwa Kinderpornografie verbreiten oder Kinder anbieten, auch ohne die Erlaubnis der Täter nutzen zu dürfen. Mittels dieser Identitäten könnten oftmals weitere Täter gefasst werden. Daher müsse die Gesetzeslage hier angepasst werden.

„Den Forderungen von BKA-Präsident Holger Münch können wir uns nur mit Nachdruck anschließen“, sagte der GdP-Vorsitzende Oliver Malchow

anlässlich der Bundespressekonferenz. „Die Polizei muss länderübergreifend mehr Befugnisse erhalten, mehr Personal und besser technisch ausgestattet werden, um im Internet effektiver gegen Kindesmissbrauch vorgehen zu können.“ Es brauche ein Umdenken in der Politik und in der Gesellschaft.

In der August-Ausgabe DEUTSCHE POLIZEI wird DP-Autor Rainer Becker sich ausführlich dem Thema „Kinder als Betroffene von häuslicher Gewalt“ widmen. red



Bundespressekonferenz in Berlin: (v.l.) Johannes-Wilhelm Rörig, Unabhängiger Beauftragter für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs, Kathinka Beckmann, Professorin an der Hochschule Koblenz, Rainer Becker, Vorsitzender der Deutschen Kinderhilfe, und BKA-Präsident Holger Münch.

Foto: Bicking



Nr. 7 • 68. Jahrgang 2019 • Fachzeitschrift und Organ der Gewerkschaft der Polizei



Erscheinungsweise und Bezugspreis:
Monatlich 2,90 EURO zuzüglich Zustellgebühr. Bestellung an den Verlag. Für GdP-Mitglieder ist der Bezug durch den Mitgliedsbeitrag abgegolten.

Deutsche Polizei

Herausgeber: Gewerkschaft der Polizei, Bundesvorstand, Stromstr. 4, 10555 Berlin
Telefon: 030 399921-0 **Fax:** 030 399921-200
Internet: www.gdp.de

Redaktion DEUTSCHE POLIZEI Chefredaktion:

Michael Zielasko (mzo) (Verantwortlicher Redakteur)
Wolfgang Schönwald (wsd), (Ständiger Vertreter)
Redaktion: Christina Bicking (cbg)
Redaktionsassistent: Johanna Treuber
Telefon: 030 399921-113 Telefax: 030 399921-29113
E-Mail: gdp-pressestelle@gdp.de

Gewerkschaft der Polizei, Abteilung Kommunikation, Stromstraße 4, 10555 Berlin
Telefon: 030 399921-113, -117 **Fax:** 030 399921-200
E-Mail: gdp-pressestelle@gdp.de
Gestaltung & Layout: Andreas Schulz, karadesign

Die unter Verfassernamen erschienenen Artikel stellen nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte kann keine Gewähr übernommen werden. Die Redaktion behält sich vor, Texte zu kürzen und redaktionell zu bearbeiten. In DEUTSCHE POLIZEI veröffentlichte Beiträge werden gegebenenfalls auf www.gdp.de, der GdP-APP und sozialen Medien verbreitet.



**VERLAG
DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der Gewerkschaft der Polizei**
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon 0211 7104-183
Fax 0211 7104-174 **E-Mail** av@vdp-polizei.de

Geschäftsführer:
Bodo Andrae, Joachim Kranz

Anzeigenleiterin:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 41 vom 1. Januar 2019.

Bitte wenden Sie sich bei **Adressänderungen** nicht an den Verlag, sondern an Ihre Landesbezirke und Bezirke. Die Kontaktdaten finden Sie im Impressum des Landes- oder Bezirksteils in der Mitte des Heftes.



Druckauflage dieser Ausgabe:
187.349 Exemplare
ISSN 0949-2844

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co.KG, DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern,
Postfach 1452, 47594 Geldern,
Telefon 02831 396-0,
Fax 02831 89887

Titel
Foto: Kay Herschelmann

Gestaltung:
Andreas Schulz,
karadesign

